

Berliner Tageblatt

Nr. 213

und Handels-Zeitung

53. Jahrgang

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Das amtliche Wahlergebnis.

Die Stärke der Parteien.

Ergänzt nach den bis Dienstag, 6. Mai, mittags eingegangenen Meldungen.

Es haben erhalten: Sozialdemokratie 5 973 770 Stimmen (100 Mandate, 80 Kreisfraktionen, 20 durch Verrechnung in Verbindung mit Reichstagswahlkreisen), Zentrum 3 899 022 Stimmen, 65 Mandate (52 und 13), Deutsche Volkspartei 2 642 943 Stimmen, 44 Mandate (39 und 14), Deutschnationale 1 657 451 Stimmen, 98 Mandate (90 und 19), Demokraten 1 657 451 Stimmen, 28 Mandate (9 und 19), Bayerische Volkspartei 941 982 Stimmen, 16 Mandate (14 und 2), Kommunisten 3 712 001 Stimmen, 62 Mandate (42 und 20), Bayerischer Bauernbund 683 093 Stimmen, 10 Mandate (8 und 7),

Deutsche Hannoveraner 318 451 Stimmen, 5 Mandate (4 und 1), Unabhängige 240 172 Stimmen, Bund der Gewerks 58 880 Stimmen, Christlichsozialer Bund 124 800 Stimmen, Deutsche Arbeiterpartei 36 130 Stimmen, Deutschnationale Partei 258 336 Stimmen, 4 Mandate (0 und 4), Freiwirtschaftsbund 36 122 Stimmen, Käufer-Bund 29 828 Stimmen, Landliche 568 288 Stimmen, 9 Mandate (7 und 2), Nat. Freiheitspartei 59 788 Stimmen, Nat. Wähler, Dt. 139 628 Stimmen, Partei der Arbeiter 46 975 Stimmen, Republikaner 45 775 Stimmen, Soz. Bd. 25 607 Stimmen, Deutsch-Völkische Freiheitspartei 1 917 578 Stimmen, 32 Mandate (13 und 19), Bayer. Mittel, Bd. 5681 Stimmen, Volkslicher Bund 9439 Stimmen, Parteiloze Wirtlich, Gr. 1847 Stimmen.

Insgesamt: 29 257 116 gültige Stimmen. Zahl der Mandate: 471 (384 und 137).

Der neue Reichstag.

von Dr. Ernst Feder.

Heute in vierzehn Tagen tritt der Reichstag voraussichtlich zusammen. Ein neuer Reichstag. Auch ein erneuerter? Es entspricht dem Regeln der Weisheit, daß die Parteien, die neu auf das Feld getreten sind oder ihren Bestand vermehrt haben, auch neue Männer in das Parlament entsenden. So werden außer den bereits bekannten und den freigebliebenen Aufschwüngen Lubendorf, Fried und Böhm auch die übrigen Köpfe des Nationalsozialismus in das Parlament präsentieren, neben den Herren Goebbels, Feder und Dr. Dinter auch Graf Reventlow und Dr. Wolf, während ihr grimmigster Feind, der Held von Gardlegen, im Reichstag nicht Platz nehmen wird, da die sämtlichen Stimmen der Deutschsozialen, entgegen der amtlichen Annahme, ausfallen. Der Staatssekretär Leipzig kehrt als deutschnationaler Abgeordneter an die Stelle seines politischen Wirtens zurück, und ein Otto v. Bismarck gehört dem Deutschen Reichstag zum zweiten Male an, wenn auch der Fürst, der vor dreizehn Jahren aus dem Eisenhutkampf mit dem Zigarrenarbeiter Schmalfeld hervorgegangen ist, das Parlament als Abgeordneter niemals betreten hat. Auf kommunistischer Seite wird der Reichstag jetzt auch von den bekannten Vämachern des preussischen Parlaments unter der Führung der Herren Schöler und Kapf beehrt. In den Parteien der Mitte, von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie, die sämtlich einbüßen erleben haben, tauchen nur wenig neue Köpfe auf. Dr. Erlending, der bisher nur im Reichstagsparlament saß, gehört jetzt auch dem Reichstag an.

Von Demokraten treten Professor Bergsträsser, Professor Gerland und Dr. Heuschel in das Parlament. Gustav Schneider und Freyher v. Nischhofen, deren Wahl noch nicht sicher ist, haben der Nationalversammlung angehört. Bedauerlich ist, daß Schudler und Delius, die beiden hervorragenden Beamtenvertreter der demokratischen Fraktion, wenigstens vorläufig, dem Reichstag fernbleiben. Bahr, Gothein und Pachtel, um einige weitere zu nennen, scheiden nach langer, arbeitsreicher, parlamentarischer Wirksamkeit aus dem Reichstag. Schauerlich ist, daß General v. Schönaich seinen Wahlkreis nicht erobern können, und daß im Wahlkreis Wotsdam II dem Chefredakteur Kufzler, der durch seine hervorragende Arbeit als Leiter des Wahlschlusses zu dem demokratischen Stimmenerfolg in diesem Kreise wesentlich beigetragen hat, nicht die Erringung des zweiten Mandats in diesem Kreise gelingen ist. Wir bedauern auch das Ausscheiden der vorkriegsständigen Abgeordneten Karborst und Frau v. Scheimb. In der Zusammensetzung des Zentrums treten keine wesentlichen Veränderungen ein. Als neuer Mann erscheint Adam Röber, der frühere Konfessionar, der als Herausgeber der „Süddeutschen Korrespondenz“ seinen ehemaligen Parteifreunden viele bittere Wahrheiten gesagt hat. Im übrigen tauchen in den Mittelparteien die alten Gesichter fast alle wieder auf. Der Verjüngung des Parlaments, dem notwendigen Aufschwung kritischen Wirtens, dem Anreiz für junge Persönlichkeiten, sich einen Wahlkreis zu erwerben, fehlt das System der übergroßen Wahlkreise im Wege. Im vorigen Reichstag scheiterte die Reform, weil sämtliche Fraktionen, mit Ausnahme der Demokraten, sich als „glückliche Besitzter“ der Neuerung widersetzten. Hoffentlich nimmt der neue Reichstag diese Sache, die seine Parteigenossenschaft ist, sofort in die Hand.

Alle nicht, die wiederkehren, werden sich der Heimat freuen. Der neue Reichstag weist eine erheblich andere Zusammensetzung auf. Länger als bei früheren Wahlen besteht Unklarheit über das Endresultat. Auch das vorläufige amtliche Ergebnis, das wir heute früh mitgeteilt haben, enthält eine Reihe von Irrtümern. Insbesondere war die Zahl der Demokraten mit 24 zu niedrig angegeben. Gewiß sind 28 Demokraten. Wegen wir jetzt die neuesten amtlichen Zahlen zugrunde. Welche parlamentarischen Möglichkeiten ergeben sich dann? Hat die große Koalition eine Mehrheit? Die einzelnen Zahlen sind die folgenden:

Für die große Koalition:	Gegen die große Koalition:
Sozialdemokraten . . . 100	Deutschnationale . . . 96
Zentrum . . . 65	Kommunisten . . . 62
Deutschnationale . . . 44	Deutschnationale . . . 32
Demokraten . . . 28	Bayerische Volkspartei . . . 16
Mittelstand und Bayerischer Bauernbund . . . 10	Bund . . . 9
Hannoveraner . . . 5	
	252

Diese nicht sehr starke Mehrheit setzt also nicht nur die zuverlässige Stützung durch sämtliche Abgeordnete von Gildemeister bis zu Crispian, sondern auch die Hilfe von Bayerischen Bauernbund, Mittelstandspartei und Hannoveranern voraus, die auch sachlich als Anhänger der von dem jetzigen Kabinett Marx-Erfemann befolgten Politik der Befreiung durch Opfer zu bezeichnen sind. Als zweite Möglichkeit bleibt der Reichstag für den die Verwirklichung der Deutschen demokratischen Partei selbstverständlich nicht in Betracht kommen. Auf die Deutschvölkischen, die fast ganz Nationalismus und Schwerindustrie eingestellter Partei, kann als Mitglied einer solchen Koalition nicht gerechnet werden. Es sei denn, daß Dinter in Berlin kommandieren soll, wie er es in Weimar als Geführer tut. Oder, daß der Reichstagsleiter zur Unterstützung unter das deutschvölkische Joch oder zur Enternung gezwungen werden soll, wie das jetzt Herr

Das Ausland zu den Wahlen.

Beforgnisse in London.

Die Ausichten auf die Annahme des Dawes-Berichts. — Hoffnung auf die Einigkeit der Deutschnationalen. — Die Ursachen des Anwachsens der deutschen Reaktion: Die Torheit der Wirten und die Politik Poincarés.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 6. Mai.

In ihrer Besprechung der Reichstagswahlen betonten die Morgenblätter, daß die extreme Nationalisten sich leichter, die Komunisten aber besser abgegrenzt hätten, als erwartet werden konnte. Die Aufschwüngen jetzt von den Deutschnationalen ab, die die Wahlen zu den Herrern der Lage gemacht hätten. Denn wenn eine Koalition der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Demokraten und der Volkspartei wohl auch fast genug wäre, um eine Regierung zu bilden, so dürften sie doch die dritte Mittelmeereschicht nicht aufräumen, die zu der gescheiterten Dankschuld der Dawes-Berichts erforderlich ist. Auf die Ausführung des Dawes-Berichts aber komme jetzt alles an. Die große Frage sei demnach, wie sich die Deutschnationalen verhalten. Die Antwort, die die heutigen Blätter hierauf erteilen, lautet, daß die Deutschnationalen trotz aller Bedenken und Schwankungen letzten Endes die Verantwortung nicht auf sich nehmen werden, das Wort der Schwere zu übernehmen und hiermit alle Friedenshoffnungen für Deutschland und Europa zu zerbrechen. Selbst die lautesten Chawinisten werden zeigen, bevor sie die Gelegenheit ergreifen, ihr Land vor dem Zusammenbruch und Untergang zu retten. („Daily News“). „Die Deutschnationalen entbehren nicht des gelunden Mersidenerlandes. Die Möglichkeit eines Eintritts in eine Koalition ist nicht von vornherein ausgeschlossen. („Daily Mail“). „Ganz gewiß“ schreibt „Westminster Gazette“, werde die Antwort auf die Frage, ob der neue Reichstag den Dawes-Bericht annehmen werde, bejahend lauten. „Trotzdem man demnach Glauben sieht, an der Lage zu verbessern, so kann doch nicht gesagt werden, daß die Reichstagswahlen als besonders erfreulich betrachtet werden. Es hat wenig zu sagen, daß ein Hemmerle-Wort wie „Daily Mail“ die Deutschen, die einen Schlag ins Gesicht der Wirten nicht vermeiden können, der sich die Worte mit denen die „Times“ ihren Vorkriegsbeginn: „Das Ergebnis der deutschen Wahlen ist keine Ermüdung für diejenigen, die auf eine baldige Regelung der Reparationsfrage gehofft haben. Der Erfolg der extremen Parteien war vorauszusehen; aber nicht und selbst etwas beunruhigt hat der Umfang des Erfolges.“ Das Blatt zieht hiermit noch die Bemerkung eines Berliner Berichters an, daß die Wähler des deutschen Volkes sich hiermit gegen den Dawes-Bericht ausgesprochen habe.

Nach „Westminster Gazette“ sei es zweifellos, daß die Wahlen die Lage eher kompliziere, als erleichtere. Der französische Premierminister könne jetzt in dem Ergebnis der Wahlen einen Grund finden, die Wahlen um das Ruhrgebiet noch tiefer anzusetzen, anstatt zu lockern. Diese Befürchtung auf eine ungünstige Wirkung auf die französische Politik findet sich auch im „Daily Chronicle“, der den Deutschnationalen rät, falls sie sich für die Annahme des Dawes-Berichts erklären sollten, dieses rasch zu tun, denn sonst werde der Erfolg der Deutschnationalen höchst wahrscheinlich einen ungünstigen Grund auf die französischen Wähler auslösen. Geradezu eine tragische Ironie würde es sein, wenn die Deutschnationalen eine tragische Ironie würde es sein, wenn die Deutschnationalen, wenn jetzt, wo die Wirten sich plötzlich zur Verurteilung neigen, Deutschland nicht wiederprechende Bewegung durch einen unvernünftigen Ausbruch nationalistischer Inbezugsamkeit werden würde. Überall aber klingt die Warnung durch, daß Deutschland sein eigenes Grab grabe, falls es jetzt Unbesonnenheiten begeht. Es schreiben die „Times“: Wenn die Deutschen aus persönlichen oder politischen Gründen das Land der Schwere für sich selbst, dann sei es zu Ende mit jeder eigenen zugrundeliegenden Hoffnung, daß Deutschland dem Ruin entgehen werde. Auch deutlicher spricht „Morning Post“: Die Weisung der Schwereberichter werde nicht nur eine Außerforderung Englands, sondern auch Amerikas sein und Deutschland würde sich sofort in der gleichen isolierten Lage befinden, wie in den Tagen, da es den unangenehmsten U-Boot-Krieg erklärte. Die

Stärke der reaktionären Bewegung in Deutschland zeige schon jetzt, daß die Franzosen und Belgier wahrscheinlich sein müßten, wenn sie ihre heutigen Pländer aufgeben wollten, bevor sie andere und womöglich noch bessere bekommen hätten.

Die Gelamte liegt die, daß man das Wahlergebnis nicht für sehr erfreulich hält, doch man aber trotzdem auf die „Benennung“ der Deutschnationalen hofft. Die Wirtenblätter „Daily News“ und „Westminster Gazette“ sind hierbei so ehrlich anzuerkennen, daß die fünfjährige Luftigkeit der Wirten und die brutalen Maßnahmen Poincarés für das Anwachsen der deutschen Reaktion verantwortlich seien.

Pariser Kommentare.

Die Enttäuschung der Nationalisten. — Die Einwirkung der Ruhrbefreiung auf die Wahlen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 6. Mai.

Die französischen Kommentare zu den deutschen Wahlen lassen sich in zwei Gruppen teilen. Die Blätter, welche die Politik der Regierung unterstützen, vor allem die großen Informationszeitungen, sprechen die Ansicht aus, daß die jetzige Regierungskoalition im Reich sich nicht halten könne und daß die Annahme der Sachverständigenverschlüsse fragwürdig sei; die Oppositionsblätter behaupten, daß der Misserfolg der deutschen Mittelparteien durch die Politik Poincarés veranlaßt worden sei, doch aber die Ursache der Deutschnationalen und der Kommunisten nicht groß genug wären, um die notwendige Durchführung der Gesetze zu verhindern. „Die Parteien, aus denen bisher die Regierungen genommen wurden, sind am Schwertel getroffen“, schreibt Robert de Jouvenel im „Ceuvre“. „Aber es wird jeder neuen Regierung schwer werden, sich entweder mit den Kommunisten oder mit der äußeren Rechte zu verständigen. Die Mittelparteien werden deshalb gezwungen, sich enger mit extremen Parteien zusammenzuschließen. Wir believe davon überzeugt, daß sich eine Zweidrittelmehrheit für den Sachverständigenbericht finden wird. Wenn der Plan von diesem neuen Reichstag angenommen ist, dann wird man zum ersten Male sagen können, daß wirklich das deutsche Volk seine Interessen zu einem Reparationsplan gegeben hat.“ Der Optimismus dieser Auffassung ist aber natürlich ziemlich vereinzelte. Der meisten anderen Blätter mocht besonders der Erfolg der Kommunisten schwere Sorgen. Der „Matin“ schreibt: „Die Hoffnung auf eine demokratische Entwicklung ist durch das Ergebnis der Reichstagswahlen vernichtet. Die Anhänger der Gewalt für die innere Politik und des Wirtens in der äußeren Politik haben triumphiert. Man wird sagen, daß zwischen den Deutschnationalen und den Wirtens ein Interfeld gemacht werden müße, aber diese Chancen werden in der Praxis keine große Bedeutung haben. Wenn getrennt in Berlin der Leiter des Pressebüros den Berichterstatter auswärtiger Blätter gesagt hat, daß der Reichsparlamentar ein wenig Sozialisten die Kabinettbildung überbringen werde, dann hat er einen Scheit gemacht. Es ist gewiß, daß die Kommunisten eine solche Regierung nicht dulden würden. Das wichtigste, vielleicht das einzige mögliche, ist eine Regierung mit deutschnationalem Programm, das für die Rotwendigkeit der Stunde etwas Liberal aufgefärbt wird. Ein Kabinett dieser Art könnte auf die Anhänger der Volkspartei, der äußeren Rechte und wahrscheinlich des Zentrums rechnen. Dr. Erfemann wäre dann der Mann für eine solche Lösung. In jedem Falle aber würden für alle deutsche Regierungen der Zukunft der Widerstand gegen den Versailles Vertrag die offizielle Politik sein, selbst wenn zunächst der Sachverständigenbericht angenommen würde. Die demokratischen Richtungen haben nicht bloß ihre Anhänger verlor, sondern sie haben an Einfluss und Ansehen eingebüßt. Lubendorf und Leipzig sind so ausgeprochene Persönlichkeiten, daß mit ihnen zu rechnen ist. Der Entel Bismarck bringt ihnen die Unterstützung des großen Namens und der großen Tradition. Dagegen können die verbrauchten Autoritäten der letzten Jahre schwer antämpfen. Aber wir dürfen die Tatsache nicht allzu tragisch nehmen.“ (Siehe auch Seite 2.)